

1. Wie wollen Sie gegen das anhaltend hohe Niveau bei der Kriminalität vorgehen und das Sicherheitsempfinden der Menschen vor Ort wieder stärken?

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ging 2016 in NRW um 15,7 Prozent zurück, auch wenn AfD, FDP und CDU gern das Gegenteil behaupten. Die letzten Jahre haben zudem weltweit gezeigt: Wer durch immer mehr Überwachung den Heuhaufen aus Daten immer größer macht, findet die Nadel erst recht nicht. Die Täter sind immer schon bekannt und die Überwachung hat jeweils weder Kriminalität noch Terror verhindert. Wir brauchen in diesem Sinne nicht anlasslose Totalüberwachung bis in jedes Schlafzimmer, sondern mehr und besser ausgebildete und ausgerüstete Polizei. Das sagen auch Forschung und Polizei.

2. Einige Bundesländer kehren zum Abitur nach neun Jahren (G9) zurück – welche Lösung befürworten Sie für Nordrhein-Westfalen und damit für den Rhein-Sieg-Kreis?

Ob G8 oder G9 sollte vom Kind und nicht von der Schule abhängen. Dazu haben wir Anfang des Jahres ausführliche Vorschläge gemacht, die von den Fachleuten hoch gelobt wurden. Entscheidend für die Zukunft - auch und gerade in Bezug auf Teilhabe und Chancen - ist aber vor allem, wie wir die Menschen auf die digitale Gesellschaft vorbereiten: Alle Lebensbereiche werden zunehmend durch Software und Algorithmen geprägt sein. Digitale Kompetenz wird zur Schlüsselqualifikation und wenn wir unser Bildungssystem nicht schnell und nachhaltig darauf einrichten, droht uns so etwas wie ein Analphabetismus 2.0.

3. Was wollen Sie gegen den drohenden Verkehrskollaps in der Region Bonn/Rhein-Sieg und den Sanierungsstau auf Straße und Schiene unternehmen?

Mit der Digitalisierung (Wandel der Arbeit, Innovationen im Bereich Mobilität, etc.) und der Energieverteuerung werden sich die Verkehrsströme in den nächsten Jahrzehnten deutlich ändern. Homeoffice, E-Bike und Mitfahrt im gut abrufbaren Elektrokleinbus sind die Zukunft. Das müssen wir heute mitdenken und entsprechend ÖPNV, Fahrrad- und Elektromobilität und neue/smarte Formen des Wegeteilens in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik stellen. Im Bereich Straße geht Sanierung vor Neubau. Irrsinn wie die Südtangente sind abzulehnen. Eine neue Rheinbrücke in Niederkassel für Straße und Schiene ist sorgfältig zu prüfen.

4. Wie können Sie sicherstellen, dass die Städte und Gemeinden bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen finanziell und organisatorisch nicht alleine gelassen werden?

Die Kommunen haben in den letzten Jahrzehnten immer mehr Aufgaben bekommen, leider aber nicht mehr Mittel und zudem selbst kaum eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Das gilt auch für die Aufgabe der Integration Geflüchteter. GRÜN will hier weiterhin die Kommunen stärker finanziell fördern und die Vernetzung und Professionalisierung in diesem Bereich ausbauen. An GRÜN scheitert Integrationshilfe und Kommunentlastung also sicher nicht, die großen Parteien haben hier allerdings oft andere Prioritäten und stellen die Mehrheiten.